

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## Offener Austausch von Gedanken und Meinungen

Die liechtensteinische Delegation gab im Rahmen des Treffens zwischen den Europaratsstaaten und den beitragswilligen Staaten keine Erklärung ab. Die Kleinstaatens Europas hätten sich bei dieser Diskussion zurückgehalten, hiess es aus Konferenzkreisen, da insbesondere die betroffenen Staaten und die antragstellenden Länder die Diskussion bestritten hätten.

Zufrieden zeigte sich Botschafter Mario Graf Ledebur über den offenen und ehrlichen Gedanken- und Meinungsaustausch über die Problematik der Minderheiten. Diese Diskussionen müssen sich nach seiner Ansicht noch geraume Zeit fortsetzen, da in einem Rahmen einer solchen Konferenz die Problematik nicht vollumfänglich debattiert und erfasst werden könne.

Botschafter Dr. Josef Wolf, der als Ständiger Vertreter des Fürstentums Liechtensteins beim Europarat in Strassburg schon seit längerer Zeit mit der Problematik der Minderheitenfrage befasst ist, glaubt an einen Durchbruch in dieser Frage aufgrund der Wiener Konferenz. Die Gruppe der Botschafter in Strassburg befasste sich nach seinen Angaben schon länger mit den Minderheiten- und Demokratisierungsfragen. Nach den Eröffnungssprachen der Vorsitzenden – Generalsekretärin Lalumière, Bundespräsident Klestil, Miguel Angel Martinez, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, sowie von Konferenzpräsident Franz Vranitzky – gab Botschafter Wolf zu verstehen, dass er sich Entscheidungen im Bereich der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes ausrechnen. Allerdings wies er darauf hin, dass die Gipfelkonferenz kein verfassungsgemässes Organ des Europarates sei, so dass es vor allem darauf ankomme, die getroffenen politischen Orientierungen und Entscheidungen durch die Organe des Europarates umzusetzen.

### Ausdruck gesamteuropäischer Rolle

Die eigentliche Gipfelkonferenz eröffnete am Freitag Lalumière, die dazu aufrief, ein neues Europa zu schaffen. Wir müssen einen Raum des Friedens und wenn möglich des Wohlstandes aufbauen, erklärte sie, mit einer pluralistischen Demokratie, mit der Achtung der Menschenrechte und mit dem Aufbau von Rechtsstaaten. Der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil bezeichnete die Begegnung in Wien als Ausdruck der neuen gesamteuropäischen Rolle des Europarates. Er verglich das Wiener Treffen mit dem Wiener Kongress, doch würden die Akzente anders gesetzt. Damals ging es um Machtinteressen, heute um ein neues demokratisches Europa. Die europäische Integration ist für ihn nicht eine Hinderung, sondern ein Hoffnungsfaktor für das neue Europa, weil sowohl die Minderheiten wie auch die Integrationspolitik gegen den gleichen Gegner antreten würden, gegen den schrankenlosen Nationalismus. Bundespräsident Klestil rief die Staats- und Regierungschefs der Europaratsstaaten zu raschem Handeln auf. Jede weitere Ohnmacht angesichts gewaltsamer Vertreibungen und Völkermord werde zu neuen Vertreibungen und Völkermord führen – nicht nur in Bosnien, sondern auch in anderen Regionen Europas.

## Probleme des Europarates bei Definition des Minderheiten-Begriffs

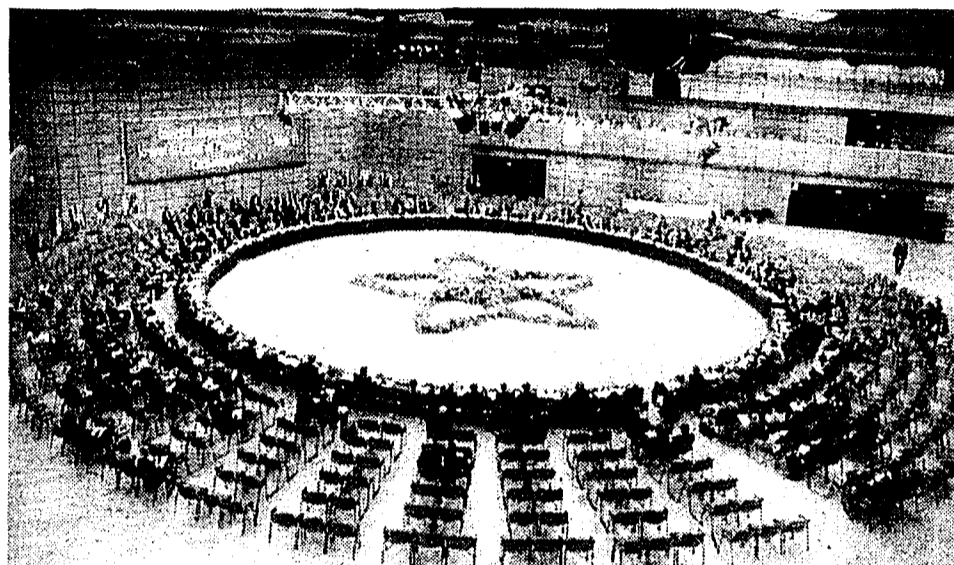
Staats- und Regierungschefs der Europaratsstaaten trafen sich am Freitag in Wien mit den beitragswilligen osteuropäischen Ländern

(G. M.) – Die Mitgliedstaaten des Europarates, unter ihnen auch das Fürstentum Liechtenstein, sind bereit, den beitragswilligen Staaten aus dem ehemaligen Ostblock bei ihren Reformbestrebungen zu helfen, damit sie die notwendigen Strukturen schaffen können, um in den Europarat aufgenommen werden zu können. Diese Absicht bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der Europaratsstaaten an ihrer Gipfelkonferenz in Wien am Freitag. Der Gipfel soll am Samstag mit einer Erklärung abgeschlossen werden, wie die Rolle des Europarates im neuen Europa als Instrument der demokratischen Sicherheit definiert wird.

Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky eröffnete das Treffen mit den beitragswilligen Staaten mit dem Hinweis, dass diese Länder – Albanien, Russland, Kroatien, Lettland, Moldau, Weissrussland und Ukraine – bald im Kreis der Europaratsstaaten dabei sein würden. An einer Pressekonferenz unterstrich Aussenminister Alois Mock, dass die Gespräche in einer offenen Atmosphäre stattgefunden hätten, aber vorerst noch nicht gesagt werden könne, welcher Staat als nächster in den Europarat aufgenommen werde, nachdem Rumänien am Vortag der Gipfelkonferenz das Statut des Europarates und die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet hatte.

### Ausgangspunkt für Zusammenarbeit

Am Wiener Gipfel nahmen die Staats-



Blick in den grossen Saal des Austria Centers, wo das erste Gipfeltreffen des Europarates in dessen 44-jähriger Geschichte stattfindet.

und Regierungschefs (teilweise auch die Aussenminister) aus den nunmehr 32 Mitgliedstaaten des Europarates teil, unter ihnen auch der französische Staatspräsident François Mitterrand, auf dessen Anregung der Europarat-Gipfel zurückgeht. Die Schweiz vertrat Bundespräsident Adolf Ogi und der Vorsteher des Departements für Auswärtige Angelegenheiten, Flavio Cotti.

Unser Land wurde durch Regierungschef Markus Büchel, Botschafter Mario Graf Ledebur und Botschafter Dr. Josef Wolf vertreten, der diesen Gipfel nicht als Ziel, sondern als Ausgangspunkt für

die Erweiterung des Europarates durch osteuropäische Staaten bezeichnete. Ausserdem nahmen vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten Christine Stehrenberger und Horst Schädler teil.

### Hoffnung auf konstruktive Ergebnisse

Zur Eröffnung des Gipfels gab Bundeskanzler Vranitzky seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Konferenz konstruktive Ergebnisse erbringen werde. Er sicherte den beitragswilligen Staaten die Unterstützung und vor allem den Beistand bei der Demokratisierung zu. Das Ende der Teilung Europas bringt nach seinen Worten die Chance, den Frieden

in Europa zu sichern, wenn sich alle Staaten der Demokratie und der Menschenrechte verpflichteten. Europa kann nach seiner Auffassung zu einem grossen Raum der Demokratie werden, zu einem grossen Raum der demokratischen Sicherheiten. Die tragischen Ereignisse in Jugoslawien und in anderen Staaten hätten den Europarat zum Handeln veranlasst. Nun müsse Europa aufgebaut und konsolidiert werden, indem die Rechtssysteme in Übereinstimmung mit Demokratie und Menschenrechten gebracht würden.

### Auf dem Weg zu Reformen

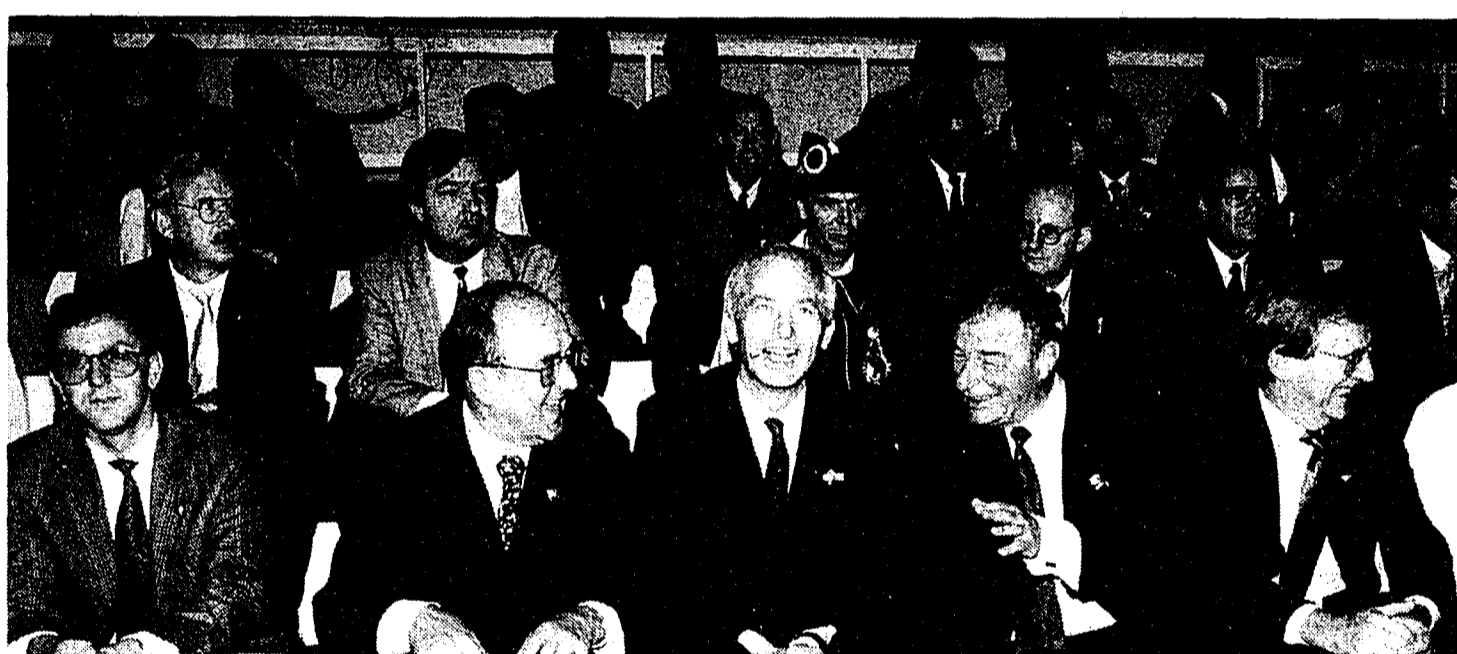
Aussenminister Alois Mock, der als Präsident des Ministerkomitees den Vorsitz des Gipfeltreffens führte, erklärte an einer Pressekonferenz, dass der Europarat die Absicht habe, die Aufnahme der beitragswilligen Staaten in die europäische Familie zu fördern, um einen weiten demokratischen Sicherheitsraum in Europa zu schaffen. Diese Sicherheit würden die Völker nach Jahrzehnten der Konfrontation zwischen den Blöcken und der Unterdrückung in vielen Ländern Zentral- und Osteuropas anstreben. Der Europarat sei sich bewusst, dass der Weg zum Beitritt setze die beitragswilligen Länder schwierig werde, denn der Beitritt setze voraus, dass die antragstellenden Staaten ihre Institutionen und ihre Rechtsordnung in Übereinstimmung mit den grundlegenden Prinzipien der pluralistischen Demokratie gebracht hätten.

## Heute steht Liechtenstein im Mittelpunkt der OLMA

Tag des Gastlandes mit grossem Festumzug und Arena-Programm – Sympathiewerbung über die bekannten Klischeevorstellungen hinaus

(s. e.) – «Eine alte Freundschaft verbindet uns. Das Fürstentum als Ehrengast an der diesjährigen OLMA ist deshalb einmal mehr Zeichen der gegenseitigen Hochachtung und Wertschätzung, sagte vor zwei Tagen Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz in seiner OLMA-Eröffnungsansprache. «Wir sind glücklich, dass dieses Jahr das Fürstentum Liechtenstein unsere Einladung angenommen hat und sich mit einem Querschnitt durch Wirtschaft, Kultur und Brauchtum präsentieren wird», betonte auch St. Gallens Stadtpräsident Dr. Heinz Christen.

Unter dem Motto «Faszinierendes Liechtenstein» präsentiert sich das Gastland Liechtenstein auf ungewöhnliche Art und stellt ein nicht minder ungewöhnliches Land den OLMA-Besuchern vor. Während allen Tagen wirbt eine Sonderschau in Halle 2.0 um Sympathie und zeigt die Vielfalt und die Facetten des Landes über die bekannten Klischees hinaus vor. Liechtenstein ist mehr als nur ein Fürstentum mit Schloss und Briefmarken, mehr als nur ein Ort der Briefkastenfirmen. Heute Samstag prä-



Während des offiziellen Rundganges am Donnerstag wohnten die Gäste auch der ersten Aufführung der Sonderschau «Der li(e)chte Stein» bei. Unser Bild zeigt von rechts Stadtpräsident Dr. Heinz Christen, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Fürst Hans-Adam II. und alt Bundesrat Kurt Furgler.

sentieren rund 1600 Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen persönlich im Rahmen eines grossen Festumzuges und

farbenfrohen Arenaprogrammes Land und Leute sowie die Eigenheiten der elf Gemeinden.

Mehr über die OLMA 1993 lesen Sie im Innern dieser Ausgabe.

## Flexibilität der Löhne weitgehend Tatsache

Nur 1,1 Prozent der Unselbständigen in Privatwirtschaft haben vollen Teuerungsausgleich garantiert

Bern (AP) Der lauter gewordene Streit zwischen den Sozialpartnern um Teuerungsausgleich und Lohnflexibilität ist offenbar ein Scheingefecht. Eine in der jüngsten Ausgabe der «Volkswirtschaft» veröffentlichte BIGA-Untersuchung kommt jedenfalls zum Schluss, dass die Flexibilität der Löhne in der Schweiz bereits weitgehend gewährleistet ist und einen Pluspunkt für den Wirtschaftsstandort Schweiz bedeutet.

Florian Revaz, Chef der Sektion Lohnstatistik im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA), weist unter anderem darauf hin, dass in der Privatwirtschaft nur für 1,1 Prozent der unselbständig Erwerbenden der volle Teuerungsausgleich gesamtvertragsvertraglich garantiert ist. Gut elf Prozent der Lohnempfänger kommen bei Teuerungsraten, die unter einer bestimmten

Obergrenze liegen, in den Genuss des vollen Teuerungsausgleichs. Insgesamt sind rund 30 Prozent der Unselbständigen einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt, der Regeln über die Lohnanpassung enthält. 45 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Privatsektors sind andererseits in keiner Weise einem GAV unterstellt. Ihnen wird in der Regel einfach vom Arbeitgeber mitgeteilt, wieviel sie im nächsten Jahr verdienen. Auch die GAV-Bestimmungen lassen gemäss Revaz den Unternehmungen und Verbänden einen breiten Ermessensspielraum und erlauben, neben der Teuerung auch andere Faktoren wie zum Beispiel die Arbeitsmarktlage und den Bestellungen einfluss zu berücksichtigen.

Aufgrund empirischer Daten kommt das BIGA zum Schluss, dass dieser Er-

messensspielraum auch tatsächlich genutzt wird. So fielen die Lohnerhöhungen in den Hochkonjunkturjahren 1985 bis 1990 höher aus als die Inflationsrate vom Oktober des jeweiligen Vorjahres. Schon 1991 wurde die Oktoberteuerung von 5,1 Prozent aber nicht mehr voll ausgeglichen, machte doch die Lohnerhöhung für 1992 gemäss Unfallhohndatistik nur noch 4,7 Prozent aus. In diesem Jahr liegt die Lohnerhöhung mit vom BIGA geschätzten 2,6 Prozent noch deutlich unter der im Oktober des Vorjahres verzeichneten Teuerung von 3,5 Prozent. Der automatische Teuerungsausgleich ist folglich nicht gewährleistet, wie Revaz schreibt.

Revaz bezeichnet die bestehende Flexibilität der Löhne als Vorteil, den die Schweiz als Unternehmensstandort auszeichne.

RENOMMIERTESTEN  
ZWANZIG DER WELTWEIT  
SCHWEIZER MARKENUHREN

huber  
Uhren  
Schmid, Juvonien  
Stille 34  
Ruhmshaus